

Chronik des Tages.

Reichskanzler Müller erstattete dem Reichspräsidenten einen Bericht über den Stand der Koalitionsverhandlungen.

Am heutigen Sonnabend wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann bei der Beratung des Kriegsschlichtungsprojekts im Reichstag das Wort nehmen.

Am Montag vollendet Professor Junkers, der Gründer und Leiter der Junkers-Werke in Dessau, seinen 70. Geburtstag.

Die amerikanischen Reparations-Sachverständigen Owen Young und Morgan werden am 7. Februar in Paris erwartet.

Ueber ganz Deutschland ist eine starke Kälteperiode hereingebrochen. Der Freitag war der bisher kälteste Tag dieses Winters.

Im Sonnenburger Justizhaus-Prozess war die höchste Strafe vier Monate Gefängnis.

In Mexiko fuhr ein Automobil auf dem Kommodienplatz in die Volksmenge und verletzte 20 Personen, darunter mehrere schwer.

In der Nähe von Fusan ist der chinesische Dampfer „Hao“ mit 38 Mann Besatzung gesunken.

In Sao Paulo in Brasilien hat eine Ueberschwemmung katastrophale unabsehbare Schäden angerichtet.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Reichsgeschichte.

Der Spanier kommt in der Politik nicht ohne „Pronunciamientos“ aus; d. h. Kundgebungen gegen die Regierung, die in Spanien die Eigentümlichkeit haben, aus persönlichen Gegensätzen zu entstehen, und die sich regelmäßig zu einem Militärputsch auswachsen. So war es früher, als das Parlament das große Wort führte, und so ist es noch heute, wo Primo de Rivera Ministerpräsident mit diktatorischer Machtbefugnis ist. Uebrigens ist Primo de Rivera im September 1923 selbst nur durch ein Pronunciamiento zur Macht gelangt, wie einige Jahrzehnte früher das heute regierende Königshaus durch ein Pronunciamiento in den Besitz der Krone kam.

Der letzte ... scheint eine größere Bedeutung zu haben, als es anfangs den Anschein hatte. Wahrscheinlich handelt es sich um eine groß angelegte Verschwörung, die Primo de Riveras Sturz herbeigeführt haben würde, wenn sie nicht ganz programmwidrig in den Anfängen gescheitert wäre. Die Aristokraten in Ciudad Real sind zu voreilig gewesen! Sie haben nicht warten können, bis der unter falschem Namen in Spanien gelandete frühere Ministerpräsident, General Jose Sanchez Guerra das Reich zum Vorschub gab, und sollen so das Scheitern der Aktion verschuldet haben.

So kam es, daß Madrid der Welt gleichzeitig mit der Nachricht von der geplanten Verschwörung auch von der Niederlegung des Putches Mitteilung machen konnte. Ob Guerra von der Polizei gefestigt worden ist — wie man es in Madrid behauptet — oder ob er sich selbst gestellt hat, ist gleichgültig. Die Verschwörung ist vereitelt; die Standgerichte walten! Vielleicht verwandelt Primo de Rivera die Todesurteile, die gefällt worden sind, in Freiheitsstrafen: der spanische Diktator liebt kein Blutvergießen!

Noch nicht erloschen ist auch die Gärung in Rußland, das gegenwärtig gerade die Sowjets wählt. Die Opposition, von der in den letzten Jahren die Rede war, hat längst die Waffen gestreift, nur Trozki ist in Alma Ata an der chinesischen Grenze fest geblieben. Seinen Anhängern wurde er darob zum Märtyrer. War man in Moskau schon unzufrieden, als Nadel in einem Brief an den kommunistischen Diktator Stalin schrieb, er könne es nicht mehr mit ansehen, wie „das Schwert der Oktoberrevolution“, Trozki, von der Malaria zerfressen werde, so neigte man im Kreml erst recht zum Einschreiten, als die Anhänger Trozki immer schärfer gegen den Kurs der jetzigen kommunistischen Parteiführung Stellung nahmen.

Run soll Trozki am 24. Februar von Sibirien in das Ausland abgeschoben werden; zunächst nach der Türkei, und dann vielleicht nach Deutschland. In Moskau bekämpft man Trozki, weil er alles auf die Weltrevolution einstellen will, also einem noch schärferen Vintsturs das Wort redet, während Moskau mit dem selbsterfahrenen Karren der Weltrevolution nichts mehr anzufangen weiß und bestrebt ist, mit bürgerlichen Mächten zusammenzuarbeiten. Wenn Stalin Trozki in das Ausland läßt, ergibt sich die Frage, ob der Kreml nicht fürchtet, dadurch Trozki zu Störungen der Moskauer Kreise Gelegenheit zu geben. Oder ist Trozki ein todkranker Mann, dem man nur gestattet, im Auslande zu sterben?

Die „große Politik“ in Europa ruht gegenwärtig. Man kann nichts Neues anfangen, weil die Sachverständigenkonferenz zur Lösung der Reparationsfrage bevorsteht und von dem Ausgang dieser Konferenz alles abhängt. Politik ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Weltanschauung und des guten Willens, die Regierungen müssen bei ihren Maßnahmen vielmehr auch auf die finanziellen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Und unsere finanziellen Verhältnisse hängen nun einmal mehr als es gut ist von der Höhe der Tributsummen ab, die wir als Reparationen in das Ausland abzuführen haben. Darin liegt die große Bedeutung der in Paris beginnenden Reparationsverhandlungen für Deutschland!

Ueber den voraussichtlichen Ausgang der Konferenz läßt sich nichts sagen, hat keinen Zweck. Die amerikanischen Sachverständigen Owen Young und Morgan, die am Freitag an Bord des französischen Dampfers „Aquitania“ die Reise nach Paris angetreten haben und die am nächsten etwas laaen

könnten, sind schweigende Leute. Jedenfalls wird man gut tun, sich auf eine mehrtägige Konferenz einzurichten, die zu Gerüchten, dramatischen Auftritten und Krisen reichlich Gelegenheit bietet wird. Erfolgreiche Arbeit können die Sachverständigen übrigens nur dann leisten, wenn sie die Dinge nehmen wie sie sind und Vorschläge ausarbeiten, die Deutschland freiwillig annehmen kann. Im anderen Falle war der große Aufwand vergebens.

Kampf der Kriegsschuldlinge!

Kundgebungen der deutschen Kriegervereine. — Drei Millionen ehemalige Soldaten protestieren.

Am Sonnabend und Sonntag veranstalteten die dem Reichskriegerbund Kyffhäuser angeschlossenen Kriegervereine mit ihren drei Millionen Mitgliedern in allen Teilen des Reiches Kundgebungen gegen die Kriegsschuldfrage. Dabei gelangte eine

Proklamation des Bundesvorstandes

zur Verlesung, in der es u. a. heißt:

Zum zehnten Male jährt sich am 28. Juni der Tag, an dem Deutschland gezwungen wurde, das Friedensdiktat von Versailles zu unterzeichnen. Ein Tag schmerzlicher Erinnerung für uns, die wir mit Einsatz aller unserer Kraft vier Jahre gerungen hatten, dies Unheil, dies furchtbare Schicksal, von unserem deutschen Vaterland abzuwehren. Was der Waffenstillstand vorbereitete, vollendete das Friedensdiktat. Wertvolle Teile deutschen Landes im Osten, Norden und Westen wurden Deutschland entzogen. Immer noch stehen fremde Soldaten im Rheinland und in der Pfalz. Die 440 Artikel des Diktates ziehen das nationale und wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes, ziehen jeden Deutschen auf das schwerste in Mitleidenschaft. Jahr für Jahr strömen in Gestalt der Reparationen die Früchte deutscher Arbeit ins Ausland, wird der deutschen Wirtschaft, dem deutschen Volksvermögen Blut entzogen.

Das besiegte Frankreich wurde 1871 zu Friedensverhandlungen zugelassen. Deutschland wurden die Bestimmungen des Friedens diktiert.

Die Härte der Bedingungen ist beispiellos in der Weltgeschichte.

Dazu fügte man in den Vertrag noch Bestimmungen ein, die lediglich den Zweck verfolgten, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Richter, die zugleich Partei waren, fällten den Urteilspruch. Sie klagten ohne den Angeklagten zur Verteidigung zuzulassen. Dem deutschen Heer werden die unmenschlichsten Grausamkeiten vorgeworfen.

Uns deutsche Soldaten treffen diese Vorwürfe besonders. Unser Ehrenpräsident, Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg, hat es bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals in unfer aller Namen und im Andenken an die Gefallenen bezeugt: „Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weiß das deutsche Volk

in allen seinen Schichten einmütig zurück.“ Auch der erste Reichspräsident Friedrich Ebert hat am 3. August 1924 feierlich erklärt, daß das deutsche Volk nur zur Verteidigung seiner Grenzen in den Krieg gezogen ist.

In den vergangenen zehn Jahren hat der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage nicht geruht. Unablässig haben deutsche Wissenschaftler an der Widerlegung der Anklage gearbeitet. Zu ihnen gesellten sich in den Ländern der Neutralen, in Amerika, in England, in Italien und selbst in Frankreich hervorragende Historiker. Auf das bereitwilligste hat die deutsche Regierung der Forschung ihre Archive geöffnet.

Die geheimsten Akten sind der Welt vor- gelegt worden!

Der moralische Erfolg dieses Vorgehens war groß. Auch die fremden Regierungen mußten sich zur Dessenung ihrer Archive entschließen. In seinem sechsten erschienenen Buch stellt der amerikanische Professor Fay fest: „Das Urteil des Versailler Vertrages, daß Deutschland und seine Verbündeten allein verantwortlich sind, müssen wir fallen lassen. Es war ein dem Besiegten vom Sieger unter dem Einfluß der Kriegsschuldfrage, der Verleumdung, der Unwissenheit, des Hasses und der propandistischen Wahnvorstellungen abgepreßtes Eingekündnis. Es wird allgemein von den besten Historikern aller Länder anerkannt, daß es nicht mehr zu halten und zu verteidigen ist.“

Dieses Bekenntnis beweist, wie viele andere ähnliche, daß die Anklage des Artikel 231 außer Kraft gesetzt werden muß. Die Kriegsschuldfrage ist Herzangelegenheit des ganzen deutschen Volkes insbesondere für uns Soldaten. Wir wissen wohl, daß die Reichsregierung vieles getan hat. Wir wissen auch, daß ihr in vielem die Hände gebunden sind. Sie muß aber dem Willen der weitesten Kreise des deutschen Volkes auf

Befreiung von der Anehre

Rechnung tragen. Ihre Bemühungen muß das ganze deutsche Volk unterstützen. Bis zum 28. Juni muß es sich in der Forderung zusammenschließen haben: Fort mit der Kriegsschuldfrage! Der Weg für die Wahrheit muß freigemacht werden. Für ihn muß der Artikel 231 außer Kraft gesetzt werden. Wir deutschen Kriegervereine müssen dazu beitragen, daß dieser Wille, der in allen Schichten des deutschen Volkes lebt, bis zum 28. Juni 1929 offenkundig in Erscheinung tritt. Der 28. Juni muß den Weg zu der Wahrheit freimachen!

Hindenburg empfängt Müller.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Freitag den Reichskanzler Müller-Franken und nahm einen Bericht über den Stand der Koalitionsverhandlungen entgegen. Wie verlautet, waren sich Reichspräsident und Reichskanzler darüber einig, daß mit Rücksicht auf die bevorstehende Sachverständigenkonferenz unter allen Umständen eine neue Krise vermieden werden muß. Im Anschluß an den Vortrag beim Reichspräsidenten hatte der Kanzler eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der volksparteilichen Fraktion Dr. Schöler und den Zentrumsführern Dr. Kaas und Stegerwald.

Während das Zentrum die Untermauerung der Regierungskoalition ohne Rücksicht auf die Verhandlungen in Preußen betreibt, macht die Deutsche Volkspartei ihre Stellungnahme zur Umbildung der Reichsregierung von der Aufnahme der volksparteilichen Landtagsfraktion in die preußische Regierungskoalition abhängig. Unter diesen Umständen werden auch die inzwischen wieder aufgenommenen Verhandlungen im Landtag auf die Entwicklung der Koalitionsbemühungen im Reich von Einfluß sein.

Braun verhandelt mit den Parteien.

Berlin, 2. Februar. Der preussische Ministerpräsident Braun hatte gestern mit Vertretern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten eine Besprechung über die Erweiterung der preussischen Regierungskoalition. An den Verhandlungen nahmen je zwei Vertreter der genannten Fraktionen teil.

Konflikt Preußens mit Bayern?

Als Folge einer Pressebesprechung. — Preußens Vertreter in München nach Berlin berufen.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held empfing in München einige Pressevertreter zu einer vertraulichen Besprechung über die in Berlin geführten Verhandlungen des Reiches mit den Ländern. Bei dieser Gelegenheit soll Ministerpräsident Dr. Held nach der Darstellung der „Münchener Telegrammzeitung“ schwerste Angriffe gegen Preußen erhoben und Preußen beschuldigt haben, Bayern durch die Klage beim Staatsgerichtshof um seinen Biersteueranteil gebracht und die Erfüllung der Staatsverträge über die Verreichlichung der Eisenbahnen sabotiert zu haben. Die Quintessenz seiner Ausführungen soll der bayerische Ministerpräsident in den Satz zusammengefaßt haben: „Unser Gegner ist Preußen“.

Auf Grund dieser Darstellung hat der preussische Ministerpräsident den preussischen Gesandten in München, Dent, zur mündlichen Berichterstattung nach Berlin beordert. Gesandter Dent ist am Freitag in Berlin eingetroffen. Es ist anzunehmen, daß der preussische Ministerpräsident Braun im Laufe des heutigen Sonnabends in irgend einer Form zu der Angelegenheit Stellung nehmen wird.

Eine dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held nahestehende Korrespondenz bemerkt zu der Veröffentlichung

Vornehme Tanzstunde

beginnt Donnerstag, 7. Februar, abends 7/8 Uhr im Gasthof Höckendorf



Gründliche sachmännliche Ausbildung bis zu den neuesten Tänzen

Werte Anmeldung vor Beginn dabeist erbeten Damen 7/8 Uhr — Herren um 9 Uhr

Um zahlreiche Teilnahme bitten

Ernst Böthig und Sohn Mitglieder d. Landesverbandes Sächsischer Tanzlehrer



Dippoldswalde: Obertorplatz Nr. 147, Wilhelm Gottschalk, Schmiedeberg: Altenberger Str., Auguste vorm. Preshner.

Produktenbörse zu Dresden.

am 2. Februar 1929. — Preise in Reichsmark.

Welsch, holländ.	21,00—22,10	Futtermehl	18,50—19,50
Welsch, neuer	21,90—21,40	Dresdner Marken:	
Futtergerste	21,00—22,50	Welschmehl	14,80—15,20
Sommergerste, holl.	23,50—24,80	Woggenmehl	14,00—15,80
Sommergerste, holl.	24,50—25,50	Roller-Waagzug	41,00—42,50
Hafer, in. nördl.	21,50—22,10	Bödemundmehl	35,00—36,50
Wass, do. nördl.	23,30—23,50	Welschmehl	19,50—20,50
Wass, Elb-quantin	27,00—28,00	3-l. Welschmehl 70%	31,00—32,00
Rottee	14,50—15,50	Woggenmehl 101 60%	32,00—33,10
Traden-Hühnel	15,20—15,60	Woggenmehl 70%	31,00—32,00
Zud-Hühnel	22,00—23,00	Woggenmehl	21,00—21,00
Kartoffl.-Holl. n.	2,00—22,20		